

«Sparen ist Alltag» – «Sparen ist keine

Duell ums Stadtpräsidium Winterthurs Probleme lassen sich nicht mit den «Rezepten der Vergangenheit» anpacken, sagt Herausforderer Kaspar

Michael Graf und
Delia Bachmann

Warum braucht Winterthur (k)einen Wechsel?

Herr Bopp, Winterthur hat bereits einen Stadtpräsidenten, Michael Künzle. Warum möchten Sie ihn verdrängen?

Bopp: Darum geht es mir nicht. Ich gab meine Kandidatur bekannt, bevor klar war, ob Michael Künzle nochmals antritt. Ich schätze meine Arbeit als Stadtrat sehr und möchte meinen Beitrag leisten zur Weiterentwicklung und Gestaltung dieser Stadt. Zudem stehen wir in Winterthur vor grossen Herausforderungen: Wachstum, Klimawandel, Bedrohung der Artenvielfalt und auch die Pandemie. Um diese Themen anzugehen, reichen die Rezepte der Vergangenheit nicht. Dafür braucht es neue, mutige Ansätze. Und dann lebt Demokratie ja auch von der Auswahl.

Herr Künzle, Sie lernten Ihren Konkurrenten in den letzten Jahren schon als Kollegen kennen. Hätte Kaspar Bopp das Zeug zum Stadtpräsidenten?

Künzle: Wie gesagt, wir haben schon einen Stadtpräsidenten! Was Kaspar Bopp erwähnt hat, ist bereits im Gang: Diese Stadt hat immer Herausforderungen gehabt. Wir haben sie immer gepackt. Ich denke, gerade in den aktuellen Pandemie-Krisenzeiten braucht es Vertrauen, Erfahrung und Kontinuität. Für mich gibt es keinen Grund für einen Präsidentenwechsel. Die Stadt ist gut unterwegs. Wir haben eine sehr hohe Lebensqualität, das zeigen alle Umfragen. Dazu tragen nicht nur die Stadtregierung bei, auch das Parlament, die Volksentscheide und natürlich die vielen Vereine, Unternehmen, Institutionen und jede und jeder Einzelne in unserer Stadt.

Und Sie wären die beste Person, diesen Prozess weiterzuführen?

Künzle: Ich habe in den letzten neun Jahren bewiesen, dass ich diese Rolle gut ausfüllen kann. Ich habe mich mit Herzblut für diese Stadt eingesetzt. Ich verrete die Stadt auch nach aussen, gebe ihr ein Gesicht. Ich bin in nationalen, kantonalen, regionalen Institutionen und Verbänden und habe immer die Interessen dieser Stadt wahrgenommen.

Herr Bopp, Ihr Wahlkampf war bisher sehr zahm. Möchten Sie überhaupt Stadtpräsident werden?

Bopp: Das ist überhaupt keine Frage, auf jeden Fall! Sonst hätte ich nicht kandidiert – ganz oder gar nicht. Bisher hört man vor allem die neu Kandidierenden. Das ist typisch, dass sie früher starten und aus dem Vollen schöpfen können. Wir sind im Alltagsbetrieb, halten uns ans Kollegialitätsprinzip und sind darum etwas zurückhaltender.

Man könnte trotzdem den Eindruck haben, dass Ihre Partei, die SP, einfach jemanden aufstellen wollte. Sind Sie überredet worden?

Bopp: Nein, kein bisschen. Ich habe von Anfang an signalisiert,

dass ich zur Verfügung stehe. Ich drängte mich parteiintern aber auch nicht in den Vordergrund. Denn eigentlich wäre es Zeit für eine Stadtpräsidentin. Es hätte mich gefreut, wenn eine Frau aus unseren Reihen kandidiert hätte.

Die SP hat drei von sieben Stadtratssitzen und greift nun auch nach dem Präsidium. Wäre das nicht zu viel des Guten?

Bopp: Man sollte die Macht des Präsidiums nicht überschätzen. Die Mehrheiten ändern sich nicht, sollte ich gewählt werden. Vielmehr könnte ich die Mehrheit, die im Stadtrat heute schon oft entscheidet, glaubwürdig nach aussen vertreten.

Künzle: Natürlich gibt es eine Machtballung, wenn drei SP-Leute im Stadtrat sind. Bei dreissig Prozent Wähleranteil hättet ihr nur zwei Sitze zugute.

Bopp: Der Stadtrat ist direkt vom Volk gewählt; da kann man nicht von Übervertretung sprechen.

Herr Künzle, Sie waren als Bürgerlicher jetzt vier Jahre in der Minderheit. Wie haben Sie diese Zeit erlebt?

Künzle: Im Alltag des Stadtrats gibt es in vielen Fragen einen Konsens. Und dann gibt es ein paar, allerdings grössere Themen, bei denen wir nicht gleicher Meinung sind. Wir in der Minderheit halten das Kollegialitätsprinzip hoch, wenn wir diese Mehrheitsbeschlüsse nach aussen vertreten. Aber man kann davon ausgehen: Wenn es Diskussionen in der Bevölkerung gibt, haben diese auch im Stadtrat so stattgefunden.

Wer kann besser Händeschütteln?

Herr Künzle, Sie setzen vor allem auf Ihr Image als erfahrener Steuermann.

Haben Sie keine Visionen für die Zukunft der Stadt?

Künzle: Visionen heisst, dass man zehn, zwanzig, dreissig Jahre in die Zukunft schaut. Und da habe ich schon eine Vorstellung. Die grossen Verkehrsinfrastrukturprojekte, die wir jetzt aufgelegt haben, werden in den Jahren 2050 bis 2060 umgesetzt sein. Wir werden den Brüttener Tunnel haben und den Ausbau der A1 mit der Überdachung Töss und Wülflingen. Die Bahnhöfe Winterthur und Grüze sind erweitert und saniert, und wir werden eine blühende Smart City sein. Eine moderne Stadt, die Technologien nutzt, welche den Alltag und den Zugang zur Stadtverwaltung erleichtern.

Von der Smart City ist seit vier Jahren die Rede. Tatsächlich ist die Stadtverwaltung eher träge. Jüngst musste sie Büroflächen zuteilen, weil es noch keine geteilten Arbeitsplätze gibt. Wieso geht es nicht voran?

Künzle: Die Fachstelle Smart City ist erst seit zwei Jahren operativ. Ich denke, wir haben in Winterthur in der knappen Zeit das Optimum herausgeholt. Und darauf können wir aufbauen.

Teilen Sie diese Einschätzung, Herr Bopp?

«Der Wirtschaft ist es nicht egal, wer Stadtpräsident wird.»

Michael Künzle

Bopp: Wir müssen vorwärts machen bei der Digitalisierung. Die Smart-City-Fachstelle macht gute Arbeit. Aber sie wird nicht die Basissysteme unserer Verwaltung digitalisieren, was ganz wichtig wäre. Die von Mike Künzle erwähnten Projekte gibt es erst auf dem Papier. Um sie umzusetzen, brauchen wir das nötige Personal, die nötige Finanzierung und die nötigen digitalen Instrumente. Wir müssen mutig sein und Investitionen wagen, weil sie sich langfristig auszahlen.

Künzle: Kaspar Bopp redet immer vom «mutig sein». Aber was heisst das bei der Digitalisierung? Wir sind mit den Mitteln, die wir haben, meiner Meinung nach optimal unterwegs.

Bopp: Ich kämpfe zum Beispiel dafür, dass wir in der Informatik die nötigen Ressourcen bekommen. Wir haben veraltete Systeme und sind, gerade was die Entwicklung angeht, sehr schwach aufgestellt in der IT.

Als Stadtpräsident muss man vor allem auch viele Hände schütteln...

Künzle: Ich nehme Sie mal einen Tag mit. Dann sehen Sie, dass das Amt des Stadtpräsidenten also mehr ist als Händeschütteln.

... liegt Ihnen das denn, Herr Bopp?

Bopp: Das liegt mir sehr. Ich bin gern unter Leuten und finde den Kontakt zu den Menschen in dieser Stadt wichtig

Michael Künzle – gut eingemittelt und etwas konservativ

Der 56-jährige Michael Künzle sitzt für die Mitte (früher CVP) seit 2005 im Stadtrat, seit 2012 ist er Stadtpräsident. Der studierte Jurist war zuvor Staatsanwalt. Künzle ist verheiratet und hat vier erwachsene Kinder sowie zwei Enkelkinder. Sein Smartsider-Diagramm zeigt ein eingemittetes Profil mit Tendenz ins Konservative. Im «Landbote»-Fragebogen hatte Künzle mehr Schnittmengen mit den Kandidierenden der SVP als mit der FDP. Künzle, der als Stadtrat zunächst Sicherheitsvorsteher war, behielt ein Interesse an Law-and-Order-Themen. So befürwortet er mehr Polizeipräsenz und härtere Bussen für Littering, das er als «eine der grössten Herausforderungen unserer städtischen Gesellschaft» sieht. Eine Liberalisierung von Cannabis lehnt er ab. «Ich habe als Untersuchungsrichter zu



Der Winterthur-Pin am Revers gehörte beim «Landbote»-Streitgespräch zu den wenigen Gemeinsamkeiten der bei

und bereichernd. Das würde ich gerne noch intensiver machen. Die Pandemie hat es etwas erschwert; drei Monate nach meinem Amtsantritt kam der Lockdown.

Weil Sie vorher so darauf angesprungen sind, Herr Künzle...

Künzle: Es ist weit mehr als nur Händeschütteln. Der Stadtpräsident ist das Gesicht seiner Stadt. Er vertritt sie gegen aussen, ist in allen möglichen Organisationen. Aber, und das ist wichtig: Ein Stadtpräsident muss nahbar sein und zuhören können. Er muss verständlich erklären, wie es zu einem Beschluss kam. Man muss ihn draussen wahrnehmen. Das war mir als Stadtpräsident in den letzten neun Jahren sehr wichtig.

Nicht nur Hände, sondern auch Gesicht und Ohren.

Künzle: Genau, es braucht Präsenz. Das ist ein grosser zeitli-

cher Aufwand, aber es gehört zum Job. Wer mit mir reden will, der kann mit mir reden und bekommt einen Termin.

Haben Sie diese Zeit, Herr Bopp?

Bopp: Ich nehme mir diese Zeit. Das habe ich in meinem Amt als Finanzstadtrat bisher auch so gemacht. Beim umstrittenen Budget 2021 zum Beispiel habe ich im Vorfeld die Verbände und verschiedensten Interessengruppen zu einem Gespräch eingeladen.

Als Stadtpräsident wären Sie ja auch für die Kultur zuständig.

Im Dezember fragten wir nach Ihrem letzten kulturellen Anlass. Sie nannten die Musikfestwochen im Sommer. Sind Sie genug am Puls, Herr Bopp?

Bopp: Dort haben Sie mich überrascht. Die Frage war ja sehr spontan und meine Antwort nicht ganz richtig. Ich war nachher noch im Theater und an den Kurzfilmtagen. Theoretisch wäre es möglich, dass man das Präsidium in einem anderen Departement macht oder die Departemente ganz anders zusammensetzt. Aber Kultur ist schon ein klassisches präsidiales Thema. Auch ein Thema, das mich sehr interessiert, aber ich habe drei Kinder. Das verschiebt die Prioritäten ein bisschen.

Künzle: Es ist schon meine Erwartung, dass ein Stadtpräsident, der für Kultur zuständig ist, wirklich viele Anlässe besucht und sich mit der vielfältigen Kulturszene auseinandersetzt.

Sparen oder Nichtsparen – was ist teurer?

Herr Bopp, Sie schreiben auf Ihrer Wahl-Website, dass sich die Herausforderungen wie Wachstum, Klimawandel oder die Pandemie «alle nicht mit Sparen lösen lassen».

Bopp: Wir müssen investieren, mutig investieren. Und wir müssen uns auch als Verwaltung gut aufstellen. In vielen Bereichen sind wir das, aber wir haben auch Nachholbedarf an gewissen Orten. Langfristig schadet es uns mehr, wenn wir heute nicht investieren.

Sie sagen, Sie würden sich verstärkt um Gelder von Kanton oder Bund bemühen. Verstärkt man da nicht noch die Abhängigkeit?

Bopp: Wir sollten uns nicht nur als Stadt verstehen, sondern auch als Region und Kanton. Gerade der Finanzausgleich hat unglaublich viel Entwicklung im Kanton ermöglicht. Davon profitieren alle. Wir haben aufgrund des Wachstums hohe Lasten und müssen uns überlegen, wie wir sie gerecht verteilen.

Künzle: Es ist aber irritierend, wenn ein Finanzminister sagt: Sparen ist keine Lösung. Das ist unser Alltag in einer Exekutive. Wir wissen um die vielen Wünsche, Begehlichkeiten und Bedürfnisse. Jedes einzelne von unseren Mitgliedern hat ganz viele Ideen, welche Projekte man lancieren könnte. Aber am Schluss müssen wir als Exekutive diskutieren und beschliessen, worauf wir verzichten und was wir verschieben. Es ist Sand in die Augen der Bevölkerung gestreut, wenn man sagt, alles sei gleichzeitig möglich.

Bopp: Sparen allein ist noch keine Finanzpolitik. Und meine Aufgabe ist es, Finanzpolitik zu machen. Finanzpolitik bedeutet, am richtigen Ort Geld auszugeben, nicht, kein Geld auszugeben. Sand in die Augen gestreut ist, wenn man das Gefühl vermittelt, man müsse einfach etwas sparsam sein, dann kommt es gut.

Sparsam sein ist nicht nötig?
Bopp: Wir sind in Winterthur sehr sparsam unterwegs. Wir ha-

Antwort!»

Bopp (SP). Amtsinhaber Michael Künzle (Die Mitte) kontert: «Es ist irritierend, wenn ein Finanzminister nicht sparen will.»



den Kandidaten fürs Stadtpräsidium: Michael Künzle (Die Mitte, links im Bild) und Kaspar Bopp (SP). Foto: M. Schoder

ben in vielen Runden immer wieder den gesamten Haushalt angeschaut und werden das auch weiterhin tun. Wenn wir uns mit anderen Städten vergleichen, stehen wir sehr gut da. Wir haben eine extrem tiefe Steuerbelastung. Das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt. Man kann in kaum einer anderen Schweizer Stadt so urban und lebendig wohnen zu einem so tiefen Preis.

Wie wichtig ist der Steuerfuss wirklich? Zieht wegen ein paar Steuerprozent weniger jemand Gutverdienendes nach Winterthur?

Künzle: Nein, aber es geht um das Image der Stadt. Wir hatten mit Wärsilä und Zimmer Biomet zwei Firmen, die weggezogen sind oder ihre Kader in einen steuergünstigeren Kanton verlegt haben. Von aussen werde ich bezüglich Winterthur lobend auf die Kultur angesprochen, aber eben auch kritisch auf die ganze Finanz- und Steuerfrage. Im Vergleich mit anderen Schweizer Städten sind wir im Mittelfeld. Und mit Gemeinden in unserem Umfeld dürfen wir uns nicht vergleichen. Diese haben keine Infrastruktur wie wir und sind kein regionales Zentrum mit all seinen Angeboten, von denen auch die Gemeinden profitieren.

Vieles ist von oben vorgegeben. Wo kann Winterthur denn überhaupt sparen?

Künzle: Wir haben eine lange Liste von Investitionsprojekten. Wir müssen viele Schulhäuser sanieren, erweitern oder neu bauen, das Stadttheater sanieren, die Alterszentren... Wenn der FC Winterthur aufsteigt, was wir alle wünschen, investieren wir Millionen in die Schützenwiese. Der Wunsch des Parlaments, ein zweites Hallenbad zu bauen, kostet 30 bis 40 Millionen und dann im Betrieb drei bis sechs Millionen jährlich. Und so wei-

ter. Es ist unsere Aufgabe, festzulegen, was wir umsetzen und was nicht oder noch nicht.

Herr Bopp, Sie vermeiden das Wort sparen wie der Teufel das Weihwasser. Wo finden auch Sie, dass gespart werden muss?

Bopp: Ich habe mich in den letzten zwei Jahren bei jedem Projekt stark dafür eingesetzt, dass eine sparsame Lösung gefunden wird. Das ist meine Rolle im Stadtrat, und die nehme ich ernst. Wir sind aber als Gesamtstadtrat und auch ich persönlich der Meinung, dass die Leistungen, wie wir sie heute erbringen, sinnvoll sind und nicht weggespart werden sollten.

Künzle: Es ist natürlich auch so, dass vor den Wahlen niemand gerne vom Sparen redet.

10'000 Jobs – wer bietet mehr?

Herr Bopp, Sie schreiben auf Ihrer Website, die Grünen und die SP seien die eigentlichen Gewerbetreibenden. Wie meinen Sie das?

Künzle: Wahlkampf!
Bopp: Wir haben uns in der Corona-Krise auf allen Ebenen für unkomplizierte und schnelle Lösungen für das Gewerbe eingesetzt. Mein Departement hat rasch die Prozesse aufgesetzt, um die Firmen mit wirtschaftlicher Nothilfe zu unterstützen, die auf nationaler und kantonaler Ebene zwischen Stuhl und Bank gefallen sind. Da hat sich die SP tatsächlich als gewerbefreundliche Partei rausgestellt.
Künzle: Das war nicht die SP. Die Umsetzung habt ihr mit dem Finanzamt gut gemacht, aber der Auftrag kam vom Stadtrat.

Bopp: Natürlich ist die wirtschaftliche Nothilfe keine SP-Geschichte. Aber sie wurde von einem SP-Stadtrat umgesetzt, und in den Parlamenten war es die SP, die sich dafür eingesetzt hat.

Warum unterstützen die Wirtschaftsverbände denn Michael Künzle und nicht Sie?

Bopp: Es gibt nicht einfach nur die Wirtschaft oder das Gewerbe, sondern Firmen mit verschiedenen Ansprüchen und Bedürfnissen. Jene, die in den Verbänden laut rufen, sind politisch klar zu verorten und bilden politisch nicht das ganze Gewerbe ab.
Künzle: Ja, aber es zeigt auf, dass es der Wirtschaft nicht egal ist, wer Stadtpräsident ist. Sie ist auf gute Rahmenbedingungen und eine Willkommenshaltung angewiesen. Das bedingt, dass man nicht ständig Vorstösse einreicht, welche die Wirtschaft massiv unter Druck setzen.

Was machen denn Sie konkret fürs Gewerbe, Herr Künzle?

Künzle: Es fängt wie gesagt mit dem Zuhören an. Es gibt nationale Probleme wie den Fachkräftemangel, die viele Unternehmen beschäftigen. Aber auch lokale Themen wie Parkplätze oder die

Kaspar Bopp – Ein klar linkes Profil

Im Juli 2019 wurde Kaspar Bopp (SP) in den Stadtrat gewählt und übernahm dort von seiner Parteikollegin Yvonne Beutler das Finanzdepartement. Der 42-Jährige ist studierter Informatiker und arbeitete zuletzt als Risikoanalyst bei der Axa. Er lebt in Oberwinterthur, ist geschieden und Vater von drei Buben im Alter von neun bis elf Jahren.

Politisch hat Kaspar Bopp ein klar linkes Profil, wie auch sein Smartspider-Diagramm zeigt. Er ist etwa gegen die Erhöhung des Rentenalters, für ein zweites Hallenbad, mehr Klimaschutz, eine 18-wöchige Elternzeit und den legalen Konsum von Cannabis. Ein besonderes Anliegen ist ihm die Digitalisierung der Verwaltung.

Das gleiche Bild zeigt sich bei den Fragen zur Finanzpolitik:

«Wichtige Entwicklungen in der Stadt werden ausgebremst mit dem Argument, es sei nicht finanzierbar.»

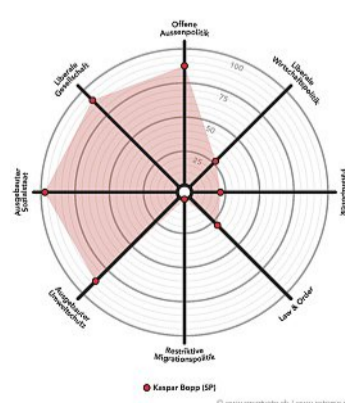
Kaspar Bopp

Verkehrspolitik. Da fühlt sich unsere Wirtschaft wirklich nicht immer verstanden und hat das Gefühl, wir werfen ihr Knebel zwischen die Beine.

Bopp: Es gibt ganz viele Unternehmer, die mich als Präsidenten unterstützen. Diese haben erkannt, dass man eine städtische Politik nicht nur auf die Unternehmen ausrichten kann. Manchmal muss man auch alte Zöpfe abschneiden. Ich erinnere daran, wie sich das Gewerbe mit Händen und Füßen gegen die autofreie Altstadt gewehrt hat. Heute wissen wir, dass es für alle ein Gewinn war.

Sie sprachen von einer Willkommenskultur, doch auch unter Ihrer Ägide gab es Wegzüge. Warum?

Künzle: Als ich 2012 als Stadtpräsident antrat, habe ich mir das Ziel gesetzt, dass es in der Stadt etwa 10'000 neue Arbeitsplätze gibt. Man hat mich damals belächelt, und der Stadtrat hatte nicht einmal den Mut, diese Zahl als Ziel in ein Legislaturprogramm zu schreiben. Heute muss ich sagen: Wir haben diese 10'000 Stellen fast erreicht in diesen zehn Jahren (Es sind 8'337 Stellen, Anm. d. Red.) Da dürfen wir stolz sein, auch wenn wir noch mehr machen müssen. Und natürlich ärgert es mich, wenn grosse Firmen die Stadt verlassen. Bei Wärsilä und Zimmer haben wir das nicht nur bei den Arbeitsplätzen, sondern auch bei den Steuereinnahmen gespürt.



«Eine deutliche generelle Erhöhung der Sparanstrengungen würde die Entwicklung von Winterthur empfindlich ausbremsen und langfristig weitaus mehr Schaden anrichten», antwortet Bopp. Mit der gleichen Begründung will er eine Erhöhung des Steuerfusses nicht ausschliessen. (dba)

Darum ist es wichtig, die Unternehmen zu pflegen.

Was sind denn das für Jobs?

Künzle: Wir haben zwar im öffentlichen Sektor eine kleine Zunahme, aber die meisten Jobs hat die Privatwirtschaft geschaffen.

Offenbar haben Sie Ihr altes Ziel fast erreicht.

Wie lautet das neue Ziel?

Künzle: Das Wachstum bei der Einwohnerzahl ist grösser als das bei der Beschäftigtenzahl. Damit wir nicht zur Schlafstadt werden, muss sich dieses Verhältnis verbessern. Weil wir das Wachstum nicht aufhalten können, sage ich: Wir brauchen nochmals 10'000 Arbeitsplätze in den nächsten zehn Jahren.

Möchten Sie auch ein Versprechen abgeben, Herr Bopp?

Bopp: Ich bin einverstanden mit der Analyse. Wir müssen zu unseren Unternehmen schauen und dafür sorgen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir dürfen uns aber auch den Realitäten nicht verschliessen. Der Arbeitsweg von Winterthur nach Zürich ist kürzer als mancher Arbeitsweg innerhalb einer anderen Grosse Stadt. Selbst innerhalb von Zürich. Ganz viele Mitarbeiter von Zürcher Unternehmen weichen zum Wohnen nach Winterthur aus, weil Zürich noch stärker aus allen Nähten platzt.

Muss Winterthur immer weiter wachsen?

Jährlich kommen 1000 bis 1500 Winterthurerinnen und Winterthurer dazu, bis 2040 könnten es 20'000 mehr sein als heute. Herr Künzle, warum muss Winterthur wachsen?

Künzle: Es ist nicht so, dass wir das suchen. Wachstum hat nicht nur gute Seiten, es kostet auch viel Geld, etwa für zusätzliche Schulhäuser. Die Menschen, die kommen, stärken auch nicht automatisch unsere Steuerkraft. Aber es gibt kantonale Vorgaben. Der Richtplan sagt, dass 80 Prozent des Wachstums im Kanton Zürich in den urbanen Zentren stattfinden muss. Wir müssen dieses Wachstum auffangen – und das tun wir auch.

Wie?

Künzle: Im Zukunftsprojekt Winterthur 2040 wurde festgelegt, wo das Wachstum stattfinden soll, nämlich entlang des sogenannten urbanen Rückgrats, von Töss bis Oberwinterthur. Andere Stadtkreise wie Wülflingen oder Seen werden entlastet. Es braucht in Zukunft innerhalb dieses Rückgrats ein dichteres Bauen – auch das eine oder andere Hochhaus wird nötig.

Können Sie als Stadtpräsident nicht sagen: Stopp, es reicht?

Künzle: Nein, das kann ich nicht. Ich war sehr kritisch, als wir 2012 die Wachstumsdiskussion geführt haben. Heute haben wir die kantonalen Vorgaben. Wachstum findet statt – und wir müssen schauen, dass wir es qualitativ steuern können.

Bopp: Das Wachstum ist kein Ziel, sondern eine Prognose. Der Stadtrat hat auch gar kein Instrument, es zu verhindern. Es ist

innerhalb der geltenden Bau- und Zonenordnung möglich. Unsere Aufgabe ist es, zu schauen, dass die Stadt nicht zufällig vor sich hinwächst.

Wie stellen Sie sicher, dass Winterthur auch in 30 oder 50 Jahren noch lebenswert ist?

Künzle: Dass so viele Leute nach Winterthur kommen, liegt ja nicht nur daran, dass wir günstiger sind als die Stadt Zürich. Sondern auch an den Lebensumständen hier und am kulturellen und sportlichen Angebot. Die Leute wollen nach Winti – es ist eine Stadt, die attraktiv ist.

Bopp: Wenn verdichtet wird, müssen wir in Freiräume investieren, als öffentliche Hand oder bei Gestaltungsplänen. Wir müssen für Frischluftkorridore sorgen, fürs Stadtklima. Und wir müssen dringend den Modalsplit verbessern. Also dafür sorgen, dass weniger oft das Auto benutzt wird – und die Strassen frei sind für die, die sie wirklich brauchen, etwa das Gewerbe und die Blaulichtorganisationen.

Weniger Autofahren für eine lebenswerte Stadt – was meinen Sie, Herr Künzle?

Künzle: Ich finde, man sollte nicht so viel Druck auf den motorisierten Verkehr machen. Es gibt auch Leute, die nicht Velo fahren können oder sollten, weil sie unsicher sind. Es braucht auch das Auto. Als es ums Gesamtverkehrsprojekt (Im Jahr 2011, Anm. d. Red.) ging, war die Diskussion viel unverkrampfter als heute.

Bopp: Wir kommen halt nicht vorwärts beim Modalsplit.

Künzle: Nicht vorwärtsgekommen sind wir, weil uns die Ressourcen fehlten, weil wir schlicht anders priorisieren mussten.

Bopp: Da sind wir wieder an so einem Punkt. Wichtige Entwicklungen werden ausgebremst mit dem Argument, es sei nicht finanzierbar. Da müssen wir mutiger werden und sagen, das ist ein unglaublich wichtiges Thema in einer Stadt, die so wächst.

Winterthur hat sich ein ehrgeiziges Klimaziel gesetzt: CO₂-neutral bis 2040. Wie stellen Sie als Stadtpräsident sicher, dass das nicht wegpriorisiert wird?

Künzle: Wir haben einen Auftrag vom Parlament und vom Volk, und der Stadtrat hat sich letztlich auch hinter 2040 gestellt. Aber wir haben auch immer gesagt: Das können wir nicht einfach mit städtischen Massnahmen lösen. Da braucht es von jedem Einzelnen in unserer Stadt einen Beitrag. Sonst schaffen wir das nicht. 2040 klappt nur, wenn alle, wirklich alle ihren Beitrag leisten. Beim Fliegen. Beim Bauen et cetera. Das muss man den Leuten sagen.

Bopp: Einerseits müssen wir als Verwaltung rasch klimaneutral werden. Da gibt es einen klaren Plan, aber der muss auch finanziert werden. Da brauchen wir die Rückendeckung von Parlament und Bevölkerung. Andererseits sind wir auch angewiesen auf übergeordnete Beschlüsse wie etwa das kantonale Energiegesetz. Und wir sind selbstverständlich auf das Verhalten der Menschen angewiesen.